



GORAN BASIC / NZZ

## Noch nie so viele Besucher in den Zürcher Badis gezählt

Unzählige Zürcher haben diesen Sommer im Wasser Abkühlung gesucht. Wie oft sie dies in einem Freibad taten, gab das Sportamt am Dienstag bekannt: Am Montag wurde die Zwei-Millionen-Marke übertroffen – erstmals seit 1999, als das elektronische Zutrittssystem eingeführt wurde. In den 103 Tagen seit Saisonstart wurden 2 012 137 Eintritte in den 15 Sommerbädern der Stadt verzeichnet. Der Ansturm auf die Badis blieb selbst im Ausland nicht unbemerkt, wie Stadtrat Filippo Leutenegger sagte. «Wir hatten dieses Jahr unzählige Anfragen aus dem Ausland, bei denen man sich über unsere Infrastruktur informieren wollte.»

## Die EVP schickt ihren Präsidenten ins Rennen um den Regierungsrat

Der Pfäffiker Schulpräsident und Kantonsrat Hanspeter Hugentobler tritt im März an

STEFAN HOTZ

Sage noch einer, die EVP sei nicht verschwigen. Bereits im Juni nominierten ihre kantonalen Delegierten Hanspeter Hugentobler zu ihrem Kandidaten für die Regierungswahl vom 24. März 2019. Und bis zum jährlichen «Güggeltreffen» vom Dienstag mit Medienvertretern ist davon nichts nach aussen gedrungen. Der 51-jährige Hugentobler leitet den Schweizer Ableger des christlichen Medienunternehmens ERF. Seit zehn Jahren ist er Schulpräsident von Pfäffikon, er gehört seit 2015 dem Kantonsrat an und steht seit vergangem Jahr der EVP des Kantons Zürich vor.

Es stehe als Mittelpolitiker für zukunftsorientierte Lösungen, sagte Hugentobler und übersetzte das Parteikürzel nicht ganz bierernst mit «Einzige vernünftige Partei». Kostenneutralität in der Bildung ist für ihn ein Unwort, er steht für mehr Mittel ein. Neben der Familienpolitik nannte der EVP-Kandidat als Ziele

gute Rahmenbedingungen für eine verantwortungsvolle Wirtschaft, die Unterstützung pflegender Angehöriger und eine «enkeltaugliche» Verkehrspolitik. Flücht-



Hanspeter Hugentobler  
Präsident der EVP  
des Kantons Zürich  
und Kantonsrat

linge seien vor Verfolgung und Not zu schützen sowie in die Gesellschaft zu integrieren, ohne dabei jedoch die Bildung von Parallelgesellschaften zuzulassen.

Fraktionschef Markus Schaaf bedauert, dass in der Exekutive derzeit nur die politischen Pole vertreten sind. Dass sie im Alleingang keine «starke Mitte» im Regierungsrat erreichen kann, ist der

EVP klar. Deshalb ist sie im Gespräch mit der GLP und der BDP über einen gemeinsamen Auftritt im Wahlkampf. Auch die CVP habe man angefragt, hiess es auf Nachfrage. Wahrscheinlich aber verfolge diese ihr Hauptziel, die Wiederwahl von Bildungsdirektorin Silvia Steiner, im Bündnis mit der SVP und der FDP. Im Kantonsrat will die EVP ihre heute acht Sitze um mindestens einen erhöhen und die gleich starke CVP hinter sich lassen.

Da sie gerade am Nominieren war, stellte die Partei im Juni als erste Partei auch ihren Kandidaten für die Ständeratswahl im Herbst 2019 auf: Nationalrat Nik Gugger. Der Generationenwechsel in der EVP findet mit dem Jahreswechsel einen Abschluss, wenn der Klotener Stadtrat Mark Wisskirchen Parteisekretär Peter Reinhard ablöst. Dieser trat den Posten vor sage und schreibe 44 Jahren an, wie angemerkt wurde, in dem Jahr, als Richard Nixon zurücktrat, Deutschland zum zweiten Mal Fussballweltmeister wurde und VW den ersten Golf vorstellte.

## Karin Rykarts schwieriger Spagat

Linke Manöverkritik nach Bodycam-Entscheidung

MICHAEL VON LEDEBUR

Als sich Karin Rykart als Zürcher Stadtratskandidatin aufstellen liess, legte sie auf der Plattform Smartvote Zeugnis von ihrer politischen Einstellung ab. Die Grünen, die damals kaum mit der Übernahme des Sicherheitsdepartements gerechnet haben dürfte, positionierte sich klar: gegen eine konsequentere Verfolgung von Sachbeschädigung, gegen stärkere Polizeipräsenz im öffentlichen Raum – und gegen mehr Videoüberwachung und die definitive Einführung von Bodycams.

Der Blick auf die Angaben aus längst vergangenen Zeiten – vor den Wahlen – zeigt den Spagat auf, den Rykart in den vergangenen Tagen vollführte. Nachdem Polizisten am Samstag an der Seepromenade beim Versuch, den Zugang von Sanitätern zu einem Verletzten sicherzustellen, angegriffen worden waren, sprach sich Rykart am Montag dezidiert für die Anschaffung von Bodycams aus. Eine Kehrtwende als eine der ersten Amtshandlungen: Das ist zwar an sich nichts Ungewöhnliches, wenn aus einer Parlamentarierin eine Exekutivpolitikerin wird. Rykart kann denn auch auf ein gewisses Verständnis im linksgrünen Lager zählen. Manöverkritik gibt es dennoch. Und Skepsis gegenüber Bodycams ohnehin.

«Überhasteter Positionsbezug»

Auf Unverständnis stösst, dass Rykart ihren Meinungswechsel im Zusammenhang mit dem Vorfall vom Samstag kommunizierte. Denn für Mob-Konstellationen seien Bodycams nicht gedacht, sagt Christina Schiller (al.). Vielmehr verspreche man sich davon eine deeskalierende Wirkung bei Personenkontrollen. «Ich sehe keinen Zusammenhang», sagt sie. Deshalb wirke der Positionsbezug überhastet. Rykarts Parteikollege Luca Maggi sagt, die Bodycams würden nun eindeutig als rein repressive Massnahme wahrgenommen. Bisher sei die Einführung auch mit dem Schutz vor Personen bei Polizeikontrollen begründet worden. Pascal Lamprecht (sp.) sagt, er verstehe, dass sich Rykart des Geschäfts annehme. «Aber sie hätte sich in der Sache nicht starr festlegen sollen.»

Markus Knauss, ein weiterer Parteikollege Rykarts, verteidigt die Neo-Stadträtin: Wer ein neues Amt übernehme, müsse sich mit Fragen neu beschäftigen – und dürfe auch zu einer neuen Antwort gelangen. Etwas unglücklich habe gewirkt, dass sie die von ihrem Vorgänger Richard Wolff (al.) geplante Einführung der Bodycams vor den Sommerferien sisiert habe. Wobei Mathias Nink, Sprecher des Sicherheitsdepartements, betont, Rykart habe das Geschäft gar nie formell sisiert, sondern es schlicht selbst vertieft prüfen wollen.

Rykarts Kehrtwende ändert nichts daran, dass es die Bodycam-Einführung im Parlament schwer haben dürfte. SP-Gemeinderat Lamprecht sagt, er zweifle die deeskalierende Wirkung von Bodycams an. Aber «Bausteine der Verordnung» könne man womöglich verwenden.

den. Der von Rykart ebenfalls in Aussicht gestellten Ausweitung des temporären Einsatzes von Videokameras an sogenannten Hotspots beispielsweise stehe er nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Derzeit gibt es vier Kameras im Stadtzentrum, die lediglich bei Grossanlässen in Betrieb sind.

Periodische Gewaltausbrüche

Rykarts eigene Partei, bisher stets kritisch gegenüber Überwachungsmaßnahmen, bleibt ihrer Linie treu. Maggi sagt: «Ich sehe nicht, was sich verändert hätte.» Eskalationen wie jene vom Samstag gebe es in periodischen Abständen, aber Zürich sei grundsätzlich sicher. Er stellt sich auch gegen den temporären Einsatz von Videokameras. Daraus werde leicht ein definitiver.

Maggi dürfte sich bestärkt fühlen durch eine Forderung, die der städtische Polizeibeamtenverband am Dienstag erhob. Es brauche den permanenten Kameraeinsatz an einer Vielzahl von Hotspots, um der Gewalt gegen Beamte Einhalt zu gebieten. Davon verspreche man sich eine präventive Wirkung, sagt Vizepräsident Martin Niederer. Bodycams und temporärer Kameraeinsatz seien nicht genug, aber als erster Schritt zu begrüssen. Wenn man Erfahrungen sammle, würden auch die Kritiker sehen, dass die Massnahme unproblematisch sei.

Auf eine Mehrheit im städtischen Parlament kann der Polizeibeamtenverband nicht hoffen. Auch der FDP geht er zu weit. Eine Ausweitung der temporären Videoüberwachung hingegen sei zu begrüssen, sagt Präsident Severin Pflüger – zum Beispiel durch mehr fest installierte Kameras bei Hotspots, die nur an den Wochenenden in Betrieb seien. Bodycams befürwortet die FDP ohnehin. Die Kritik an deren repressivem Charakter kann Pflüger nicht verstehen. «Dank den Bildern hat man stichfeste Beweise.» Das tue schon lange not. Der rot-grüne Stadtrat lege den Fokus ausschliesslich auf Deeskalation, statt der Strafverfolgung die nötige Priorität einzuräumen.

Vorurteile weichen Realität

Für die Kehrtwende der neuen Polizeivorsteherin findet Pflüger träge Worte: «Ein wunderschönes Beispiel dafür, dass links-grüne Utopisten ihre Vorurteile nicht mehr halten können, wenn sie im Exekutivamt mit der Realität konfrontiert werden.» Dass Rykart in Sachen Bodycams schon vor zwei Wochen umgeschwenkt sei, nimmt Pflüger ihr nicht ab. Realistischer sei, dass sie dies unter dem Eindruck der samstäglichen Eskalation getan habe. Aber immerhin habe sie es getan.

Rykart selbst lässt durch Sprecher Nink ausrichten, sie trage nun als Vorgesetzte die Fürsorgepflicht für 2000 Polizistinnen und Polizisten. Deren Bedürfnis nach Schutz und ihr verständlicher Wunsch, dass Angreifer gegen Beamte bestraft werden können, habe sie bei ihrem Entscheid stark gewichtet. Zudem sei die Bodycam ein mildes Einsatzmittel in Situationen, die eskalierten.

## Bald Probebohrungen fürs Endlager

Bund bewilligt geologische Tests im Zürcher Weinland und Unterland

ANDRÉ MÜLLER

Wo wird die Schweiz in Zukunft ihren radioaktiven Müll vergraben? Die Frage treibt den Bund und die möglichen Standorte seit Jahrzehnten um. Drei Gebiete sind noch im Rennen, zwei davon im Kanton Zürich: Nördlich Lägern, Bözberg und Zürich Nordost. Die Suche dauert lange, doch die Nagra – die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle – kommt schrittweise voran. Sie hat beim zuständigen Umweltdepartement (Uvek) im Vorjahr 22 Gesuche für Sondierbohrungen in diesen drei Gebieten eingereicht. Drei dieser Gesuche hat das Uvek am 17. August bewilligt, wie es am Dienstag mitteilte.

Eine Sondierbohrung wird in Bülach durchgeführt, zwei weitere im Gebiet

Zürich Nordost, genauer in Trüllikon und in Marthalen. In den nächsten Wochen dürften weitere Entscheide zu den übrigen Gesuchen folgen. Die Nagra plant, ab 2019 die Bohrer aufzufahren. Die Genossenschaft geht aber davon aus, dass sie nicht alle 22 Sondierbohrungen durchführen wird, die sie beantragt hat. Die ersten Ergebnisse würden die weitere Planung der Bohrungen bestimmen, heisst es in der Mitteilung des Uvek. Auf Zürcher Boden sollen maximal 14 Bohrungen durchgeführt werden.

Mit den Sondierungen will die Nagra den Untergrund in den drei Regionen genauer untersuchen und prüfen, wie sehr sie sich für die Endlagerung des radioaktiven Abfalls eignen, der in den hiesigen Kernkraftwerken anfällt. Gestützt auf die geologischen Daten aus diesen Bohrungen, werde die Nagra

«gegen 2022» bekanntgeben, welche Standortgebiete sie für ein Tiefenlager vorschläge. Entweder wird es je ein Lager für hochradioaktive und für schwach- und mittelradioaktive Abfälle geben oder ein Kombilager. Derzeit wird der Schweizer Atommüll noch im Zwischenlager Würenlingen aufbewahrt.

Die Auswahlprozedur wird besonders in den betroffenen Gebieten mit Argusaugen verfolgt, und es ist mit grossem Widerstand vor allem auf juristischem Weg zu rechnen. Das zeigt sich bereits bei den Probebohrungen: Gegen die Nagra-Gesuche sind laut Mitteilung über 700 Einsprachen eingegangen. 472 betreffen das Gebiet Jura Ost (Bözberg), 99 Zürich Nordost und 132 Nördlich Lägern. Im Aargau war bereits deutlich früher gegen das Endlager mobilisiert worden als im Kanton Zürich.

### IN KÜRZE

#### Polizei fasst Winterthurer Brandstifter

scf. · Am frühen Morgen des 10. August haben in der Innenstadt von Winterthur in der Nähe des Stadtparks ein Holzschopf sowie Teile des angrenzenden Gebäudes Feuer gefangen. Es entstand ein Sachschaden von mehreren zehntausend Franken. Nun konnte die Kantonspolizei Zürich den mutmasslichen Brandstifter verhaften. Er befindet sich in Untersuchungshaft und ist geständig.

#### Stadt Winterthur schliesst Asylunterkunft

nil. · Die provisorische Asylunterkunft im ehemaligen Busdepot Deutweg in Winterthur wird bereits Ende Jahr geschlossen. Ursprünglich war eine Nutzungsdauer von vier Jahren bis 2020 vorgesehen. Aufgrund der Entwicklungen im Asylwesen und der Neueröffnung der sanierten Siedlung Hegfeld würden ab 2019 genügend andere Plätze zur Verfügung stehen, schrieb die Stadt in einer Medienmitteilung. Ausserdem konnten rund drei Viertel aller Asylsuchenden im freien Wohnungsmarkt untergebracht werden.